

Anwesend:

Mitglied SPD-Fraktion

Beigeordnete Christina Heide

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Anja Mandt

Ausschussmitglied Thomas Suberg

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Beigeordneter Martin Burkhardt

Ausschussmitglied Miguel Schaar/Br. Franziskus

Mitglied Fraktion WIN@WBV

Vertreter Olaf Fischer

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Ausschussmitglied Horst Dieter Walzner

Mitglied AfD-Fraktion

Ausschussvorsitzender Thorsten Moriß

Bedienstetenvertreter

Bedienstetenvertreter Werner Bolinius

Bedienstetenvertreter Günter Friedrichs

Bedienstetenvertreterin

Bedienstetenvertreterin Linda Stehle

Externer Vertreter

Externer Vertreter Norbert Weinberg

Verwaltung

Dezernent Stadtbaurat Nikša Marušić

Techn. Betriebsleiter Tim Menke

Kfm. Betriebsleiter Holger Kullik

Abteilungsleiter Kfm. Abteilung Iskender Evin

Abteilungsleiter Straßen, Brücken, Verkehrseinrichtungen Bernd Eickhoff

Protokollführerin Christel Bülthuis

Presse

Vertreter der Wilhelmshavener Zeitung Hartmut Siefken

Gäste

Frau Anna Krämer (GPP Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Bremen)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 02.09.2022
- 3 Beschluss über die Tagesordnung
- 4 Vorlagen an den Rat
 - 4.1 Jahresabschluss 2021 Technische Betriebe Wilhelmshaven **269/2022**
 - 4.2 Entnahme aus Rücklagen **270/2022**
 - 4.3 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU und WIN@WBV: „Entwicklung Leitbild Wilhelmshaven 2045“ **557/2022**
 - 4.4 Antrag Ratsherr Hager (SPD-Fraktion): Installation von "Gängelgittern" im Kurpark **561/2022**
 - 4.5 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Fusion von TBW und GGS **563/2022**
 - 4.6 Antrag Ratsherr Schaar und weitere Ratsmitglieder: Radspuren für die Peterstraße **566/2022**
 - 4.7 Antrag Ratsherr Schaar und weitere Ratsmitglieder: Sicherheit in den Fahrradstraßen **567/2022**
- 5 Mitteilungen und Anfragen
 - 5.1 Halbjahresbericht Technische Betriebe Wilhelmshaven
 - 5.2 Sachstand Rahmenvorgabe LVP Erfassung/Abfallwirtschaftskonzept
 - 5.3 Feuerschiff
 - 5.4 Diebstahl Seehundplastik
 - 5.5 Fahrradpiktogramme Weserstraße
 - 5.6 Behindertenparkplätze am Valoisplatz
 - 5.7 Treppe am Bontekai
 - 5.8 Wahlplakate

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende **Herr Moriße** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 02.09.2022

Frau Mandt bat um Ergänzung der Kostenangabe zu Punkt 5.1 „Fahrradstände am Südstrand“.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 02.09.2022 wurde mit 4 Enthaltungen genehmigt.

3 Beschluss über die Tagesordnung

Herr Moriße teilte mit, dass er die Sitzung aufgrund eines wichtigen Termins vorzeitig verlassen muss und schlug **Frau Mandt** als Vertreterin vor. Dieser Vorschlag wurde mit 3 Enthaltungen angenommen.

Herr Burkhart gab bekannt, dass der Antrag Nr. 563/2022 „Fusion von TBW und GGS“, sowohl im öffentlichen als auch im nichtöffentlichen Teil zurückgezogen wird.

Herr Menke teilte mit, dass die Verwaltung den TOP 8.2.4 „Sanierung Feuerschiff“ zurückzieht und bat um Aufnahme eines zusätzlichen Tagesordnungspunktes 8.2.9 „Sanierung Stadtpark“ unter dem TOP „Vergaben“. Näheres wird im nichtöffentlichen Teil erläutert.

Herr Schaar bat um vorzeitige Information der Ausschussmitglieder im Fall eines vorzeitigen Sitzungsbeginns.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Die Tagesordnung wurde mit den oben angegebenen Änderungen beschlossen.

4 Vorlagen an den Rat4.1 Jahresabschluss 2021 Technische Betriebe Wilhelmshaven**269/2022**

Frau Krämer von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft GPP in Bremen stellte den Jahresabschluss anhand einer Präsentation vor.

In der anschließenden Diskussion wurden Fragen zu den Themen Deckungsgrad des Anlagevermögens, Entwicklung der Personalkosten und steigende Kosten durch Corona- und Ukraine-Krise beantwortet.

Herr Moriße trug den Beschlussvorschlag vor.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

1. Der Jahresabschluss der Technischen Betriebe Wilhelmshaven (TBW) zum 31.12.2021 wird gemäß Abschlussprüfung der Göken, Pollak und Partner Treuhandgesellschaft mbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, mit einem Jahresgewinn von 800.812,17 € beschlossen (festgestellt).
2. Der Lagebericht wird gleichfalls festgestellt.
3. Gemäß § 35 der Niedersächsischen Eigenbetriebsverordnung wird der Betriebsleitung Entlastung erteilt.
4. Der Jahresgewinn in Höhe von 800.812,17 € wird zur Verzinsung des Eigenkapitals vollständig an den Haushalt der Stadt Wilhelmshaven ausgeschüttet.

4.2 Entnahme aus Rücklagen

270/2022

Herr Moriße trug den Beschlussvorschlag vor.

In der anschließenden Diskussion wurde die Frage hinsichtlich der wirtschaftlichen Auswirkungen einer Entnahme aus Rücklagen beim Eigenbetrieb behandelt. **Herr Kullik** erläuterte in diesem Zusammenhang die bilanziellen Zusammenhänge und wies auf die Auswirkungen in Bezug auf die Liquidität des Eigenbetriebes hin. Eigen- bzw. Fremdkapital des Betriebes ist in infrastrukturellem Anlagevermögen gebunden.

Herr Moriße verabschiedete sich aus der Sitzung und übergab den Vorsitz an **Frau Mandt**.

Herr Friedrichs fragte, seit wann bereits Rücklagen an die Stadt abgeführt werden.

Herr Kullik führte aus, dass Entnahmen aus Rücklagen seit 2018 erfolgen.

Beschluss:

-mehrheitlich zugestimmt-

Aus dem Eigenkapital (Allgemeine Rücklage) der Technischen Betriebe Wilhelmshaven (TBW) wird ein Betrag in Höhe von 1.029.187,83 € entnommen und an den Haushalt der Stadt Wilhelmshaven ausgeschüttet.

4.3 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU und WIN@WBV: 557/2022 „Entwicklung Leitbild Wilhelmshaven 2045“

Herr Fischer trug den Antrag vor.

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich **Herr Walzner, Frau Heide, Herr Schaar und Herr Fischer**.

Beschluss:

-mehrheitlich zugestimmt-

Die Verwaltung wird beauftragt bis zur Ratssitzung im September 2022 zu prüfen, welche konkreten Schritte zur Entwicklung eines Leitbildes „Wilhelmshaven 2045“ im Einklang mit dem Projekt „Regionalmanagement Strukturwandel Kohleausstieg“ nötig sind. Als Basis sollen die Ergebnisse des 2014 vom Rat beschlossenen Stadtentwicklungsplan „StepPlus“ dienen. Das Leitbild „Wilhelmshaven 2045“ soll unter anderem als Grundlage für die Aufstellung eines neuen Flächennutzungsplans (FNP) dienen und - ähnlich wie der Prozess StepPlus eine Bürgerbeteiligung vorsehen.

4.4 Antrag Ratsherr Hager (SPD-Fraktion): Installation von 561/2022
„Gängelgittern“ im Kurpark

Frau Heide trug den Antrag vor.

In der anschließenden Diskussion, an der sich **Herr Suberg, Herr Walzner, Herr Burkhardt, Herr Menke, Herr Bolinius und Frau Stehle** beteiligten, ging es um Themen bezüglich Festlegung von Regelungen, der baulichen Ausführung der Gängelgitter sowie um eine Einzäunung des Platzes, um Radfahrer an der Durchfahrt zu hindern.

Frau Stehle erklärte, dass der Spielplatz am Kurpark als offene Fläche angelegt wurde. Die Gitter hätten so große Abstände, dass auch ein Durchgang mit Kinderwagen, Rollstuhl oder Rollator möglich wäre, allerdings könnten dann auch geübte Radfahrer diese Gitter passieren.

Herr Burkhardt schlug vor, den Antrag zurückzuziehen, um zunächst mit TBW über die Möglichkeiten der Gestaltung zu sprechen.

Frau Heide zog den Antrag zurück.

Beschluss:

-zurückgezogen-

Der Rat der Stadt beschließt:

Die Technischen Betriebe werden beauftragt, im Bereich des Spielplatzes im Kurpark auf dem reinen Fußweg s.g. Gängelgitter zu installieren, um Fahrradfahrer zum Absteigen zu bewegen.

4.5 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Fusion von TBW und GGS

563/2022

Beschluss:

-zurückgezogen-

Die Verwaltung möge prüfen, ob eine Zusammenlegung der städtischen Gesellschaften ‚Technische Betriebe Wilhelmshaven‘ (TBW) und ‚Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven‘ (GGG) formaljuristisch möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist. Dabei sollten insbesondere folgende Punkte dem Rat erörtert werden:

- a) juristische Machbarkeit und mögliche Hürden
- b) wirtschaftliche Machbarkeit und Effekte auf den Haushalt der Stadt
- c) personelle Auswirkungen.

4.6 Antrag Ratsherr Schaar und weitere Ratsmitglieder: Radspuren für die Peterstraße **566/2022**

Herr Schaar erläuterte den Antrag und trug den Beschlussvorschlag vor.

Herr Fischer stellte hierzu folgenden Änderungsantrag:

„Folgende Maßnahme wird als Option in das Radverkehrskonzept aufgenommen und dort in einer Gesamtbetrachtung hinsichtlich der Vorteilhaftigkeit gegenüber alternativen Optionen eingeordnet:

- *Die vierspurige Peterstraße wird durch die Umwidmung von je einer Fahrbahn pro Richtung in einen Radweg (je eine Fahrbahn) umgewandelt.“*

Herr Marušić führte aus, dass zunächst genau geprüft und geplant werden müsse, wie die Radverkehrsführung an den Kreuzungen aussehen soll. Als Kompromisslösung schlug er vor, den östlichen Teil der Peterstraße zwischen Virchow- und Gökerstraße mit Fahrradstreifen zu versehen.

Frau Heide wies darauf hin, dass Radfahrer einen hohen Anteil am Straßenverkehr einnehmen und verwies auf das Berliner Mobilitätsgesetz, das die Rechte von Radfahrern festlegt. Wenn wir dieses auf Wilhelmshaven umsetzen würden, hätten wir ein geeignetes Konzept.

Herr Schaar stellte zum Änderungsantrag folgenden Änderungsantrag:

„Entsprechend des Fahrradkonzepts von 2010 wird die Maßnahme „Radspur Mozartstraße zur Gökerstraße und zurück“ zeitnah umgesetzt.“

Herr Fischer plädierte dafür, nicht über eine Einzelmaßnahme abzustimmen, sondern das Projekt Peterstraße im Radverkehrskonzept zu berücksichtigen.

Beschluss über den Änderungsantrag zum Änderungsantrag (Herr Schaar):

- mehrheitlich abgelehnt –

Beschluss über den Änderungsantrag (Herr Fischer):

- mehrheitlich zugestimmt -

Herr Walzner kritisierte die Umwandlung der Peterstraße in eine zweispurige Straße aufgrund des bisher schon sehr hohen Verkehrsaufkommens.

Beschluss:

(einschl. Änderungsantrag Herr Fischer)

-mehrheitlich zugestimmt-

Die vierspurige Peterstraße wird durch die Umwidmung von je einer Fahrbahn pro Richtung in einen Radweg (je eine Fahrbahn) umgewandelt.

Änderungsantrag:

Folgende Maßnahme wird als Option in das Radverkehrskonzept aufgenommen und dort in einer Gesamtbetrachtung hinsichtlich der Vorteilhaftigkeit gegenüber alternativen Optionen eingeordnet:

- Die vierspurige Peterstraße wird durch die Umwidmung von je einer Fahrbahn pro Richtung in einen Radweg (je eine Fahrbahn) umgewandelt.

4.7 Antrag Ratsherr Schaar und weitere Ratsmitglieder: Sicherheit in den Fahrradstraßen **567/2022**

Herr Schaar erläuterte den Antrag und trug den Beschlussvorschlag vor.

Herr Walzner schlug die Umwandlung sowohl des Neuengrodener Weges als auch der Schellingstraße zu einer Einbahnstraße vor.

Herr Marušić führte aus, dass es sich hier um einen Prüfauftrag handelt und bat **Herrn Eickhoff** bezüglich Einrichtung einer Einbahnstraße bzw. Einrichtung einer Durchfahrtssperre um eine Stellungnahme.

Herr Eickhoff erklärte, dass regelmäßige Kontrollen durch die Verkehrspolizei aus personellen Gründen nicht durchgeführt werden können. Da eine Einbahnstraße nicht unbedingt den Verkehr verringert, wird die Verkehrskommission die Situation noch einmal explizit prüfen.

Herr Fischer stellte hierzu folgenden Änderungsantrag:

„Es wird geprüft, die Fahrradstraße „Neuengrodener Weg“ durch eine geeignete Maßnahme zu ergänzen, um die Sicherheit des Fahrradverkehrs zu erhöhen und um den Durchgangsverkehr zu unterbinden. Für die Fahrradstraße „Schellingstraße“ wird die Verwaltung beauftragt, geeignete Maßnahmen zu entwickeln, die die Sicherheit erhöhen und die Zahl von PKW-Fahrten deutlich minimieren.“

Frau Heide regte an, auch alternative Möglichkeiten, z. B. die Einrichtung einer

„unechten Einbahnstraße“ (siehe Schulstraße) zu prüfen.

Herr Bolinius wies darauf hin, dass Besucher des Rosariums häufig mit Bussen anreisen und im Falle einer Sperrung des Neuengrodener Weges eine Wendemöglichkeit eingerichtet werden muss.

Beschluss über den Änderungsantrag:

- mehrheitlich zugestimmt -

Beschluss:

(einschl. Änderungsantrag)

- einstimmig zugestimmt -

Die Fahrradstraße Neuengrodener Weg wird durch eine geeignete Durchfahrtssperre ergänzt, um die Sicherheit des Fahrradverkehrs zu erhöhen und um den Durchgangsverkehr zu unterbinden.

Für die Fahrradstraße Schellingstraße wird die Verwaltung beauftragt, geeignete Maßnahmen zu entwickeln, die die Sicherheit erhöht und die Zahl von PKW-Durchfahrten deutlich minimieren.

Änderungsantrag:

Es wird geprüft, die Fahrradstraße „Neuengrodener Weg“ durch eine geeignete Maßnahme zu ergänzen, um die Sicherheit des Fahrradverkehrs zu erhöhen und um den Durchgangsverkehr zu unterbinden. Für die Fahrradstraße „Schellingstraße“ wird die Verwaltung beauftragt, geeignete Maßnahmen zu entwickeln, die die Sicherheit erhöhen und die Zahl von PKW-Fahrten deutlich minimieren.

Es folgte eine Pause von 10.40 – 10.55 Uhr.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Halbjahresbericht Technische Betriebe Wilhelmshaven

Herr Evin stellte den Halbjahresbericht vor.

Herr Burkhart bat um Einstellung des Halbjahresberichtes ins RIS.

5.2 Sachstand Rahmenvorgabe LVP Erfassung/Abfallwirtschaftskonzept

Herr Menke verwies auf den Ratsbeschluss vom 14.02.2018 und die Klage der Dualen Systeme gegen die Rahmenvorgabe. Das Urteil lautet: Die Rahmenvorgabe vom 25.11.2019 wird aufgehoben. Die Stadt trägt die Kosten des Verfahrens und die Berufung wird zugelassen.

In Berufung zu gehen, erscheint uns nicht zielführend und würde nach

juristischer Einschätzung mindestens eineinhalb Jahre dauern.

Im Folgenden wurde der Verlauf der Handlungen seit dem Ratsbeschluss aus dem Jahr 2018 bis zum Urteil des Verwaltungsgerichtes Oldenburg dargestellt und im Anschluss das weitere Vorgehen dargestellt.

Geplant ist seitens der Verwaltung die möglichen Variantenoptionen für ein LVP-Erfassungssystem auszuarbeiten, zu bewerten und in einer 2. Lesung vorzustellen. Aus jetziger Sicht ist hier die flächendeckende Einführung der Gelben Tonne die rechtssicherste, effektivste und umweltverträglichste Variante. Das ausgewählte LVP-Erfassungssystem würde anschließend ins Abfallwirtschaftskonzept übernommen.

Sollten seitens der Politik noch Änderungen darüber hinaus am bereits vorgestellten Entwurf des AWIKO gewünscht werden, so wäre zeitnah ein entsprechender Änderungsantrag zu stellen. Im Anschluss erfolgt die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange.

Ein Änderungsantrag erst zur Beschlussfassung des AWIKO wäre unglücklich, da dann das umfangreiche Beteiligungsverfahren zu wiederholen sei.

Ziel ist, dass zur abschließenden Beschlussfassung im Rat ein abgestimmtes Abfallwirtschaftskonzept vorgelegt wird. Auf dieser Grundlage würden dann erneut mit den Vertretern der Dualen Systeme Verhandlungen erfolgen. Bei einer Einigung würde eine Abstimmungsvereinbarung (öffentlich-rechtlicher Vertrag) geschlossen.

Letztes Mittel wäre, eine neue Rahmenvorgabe zum LVP-Erfassungssystem gegenüber den Systemen festzulegen.

Die Rahmenvorgabe ist dann mit einem angemessenen zeitlichen Vorlauf, mindestens jedoch ein Jahr vor ihrem Wirksamwerden, den Systemen bekannt zu geben.

Frau Mandt regte an, eine kleine gelbe Tonne für Ein- und Zweipersonenhaushalte in Einfamilienhäusern einzuführen.

5.3 Feuerschiff

Herr Marušić informierte darüber, dass für die Sanierung des Feuerschiffs keine Angebote eingegangen sind, da die Werften zum einen ausgelastet sind und es zum anderen Probleme in der Lieferkette gibt. Es erfolgt nun nach dem offenen europaweiten Vergabeverfahren ein Verhandlungsverfahren. Dies ist gestartet und

es ist geplant in der nächsten Sitzung eine entsprechende Vorlage vorzulegen.

5.4 Diebstahl Seehundplastik

Herr Walzner bat um Stellungnahme, wie es zu dem Diebstahl der Plastik gekommen ist.

Herr Menke bat unter Verweis auf das laufende polizeiliche Ermittlungsverfahren um Verlegung dieses Punktes in den nichtöffentlichen Teil.

5.5 Fahrradpiktogramme Weserstraße

Herr Schaar äußerte sich dankbar darüber, dass TBW so schnell den Ratsbeschluss für die Fahrradpiktogramme in der Weserstraße umgesetzt hat.

5.6 Behindertenparkplätze am Valoisplatz

Herr Schaar bedankte sich bei TBW über die in kürzester Zeit umgesetzte Anregung zur Absenkung des Bordsteins.

5.7 Treppe am Bontekai

Frau Mandt fragte, ob es im Bereich der Treppe eine Wasser- und Stromversorgung für die Nutzung des Bontekais, z. B. zur Durchführung von Veranstaltungen, gibt.

Herr Marušić erklärte, dass entsprechende Anschlüsse im Rahmen der Planung für das Feuerschiff Weser vorgesehen sind. Mit der Ansiedlung des Feuerschiffs besteht auch die Möglichkeit, Anschlüsse für eine Nutzung im Rahmen von Veranstaltungen zu schaffen. Dies würde in die Detailplanung mit aufgenommen.

5.8 Wahlplakate

Herr Walzner bat um schnellstmögliche Entfernung der Wahlplakate von der letzten Landtagswahl.

Frau Mandt verwies auf die gesetzlich geregelte Frist zum Abhängen der Plakate, die zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht erreicht ist.

Ende des öffentlichen Teils: 11:23 Uhr